

II-2704 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
ZI. 400.12/4-1.6/77

XIV. Gesetzgebungsperiode  
WIEN,

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat, Dr. Mock, Dr. Karasek, DDr. König und Genossen betreffend die Zurverfügungstellung der notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen für jene internationalen Beamten, die von den Vereinten Nationen an das IAKW in Wien kommen (Nr. 1319/J)

*1256 IAB  
1977-08-01  
zu 1319/J*

An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat, Dr. Mock, Dr. Karasek, DDr. König und Gen. haben am 1. Juli 1977 unter der Nr. 1319/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Zurverfügungstellung der notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen für jene internationalen Beamten, die von den Vereinten Nationen an das IAKW in Wien kommen, gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Welche Initiativen haben Sie ergriffen um jenen Beamten, die von den Vereinten Nationen an das IAKW in Wien versetzt werden bzw. jenen, die in Wien neu aufgenommen werden, die entsprechenden infrastrukturellen Einrichtungen wie Wohnungen, Schulplätze etc. bereitzustellen."

Ich beehe mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

a) Wohnungen:

Das Wohnungsproblem stellt sich in erster Linie für neu nach Wien kommendes Personal. Die Verlegung von UN-Personal nach Wien wird in 5 Jahresetappen erfolgen. Die Anzahl der jährlich zuziehenden Familien kann im Verhältnis zur Einwohnerzahl Wiens bzw. dem Wiener Wohnungsmarkt als gering bezeichnet werden; die Aufnahme dieses Personenkreises sollte daher keine Schwierigkeiten bereiten.

Den betroffenen Angestellten wurde bereits ein detaillierter Fragebogen übermittelt, mit dem deren Wünsche und Bedürfnisse erhoben werden sollen. Die Internationalen Organisationen in Wien konnten bewogen werden, mit dem IIASA ein gemeinsames Wohnungsbüro aufzubauen. Diesem Büro werden alle in Frage kommenden mit Wohnungsfragen befassten österreichischen Stellen unterstützend zur Seite stehen.

Konkrete Bauträger sind an die Stadt Wien mit dem Ersuchen herangetreten, geeignete städtische Grundstücke erwerben zu können, auf denen Wohnungen für internationale Beamte freifinanziert gebaut werden sollen. Die Stadt Wien hat diesen Bauträgern hiefür in

- 2 -

Frage kommende Grundstücke bereits genannt, die nun auf ihre konkrete Eignung für die Errichtung moderner Wohnhausanlagen überprüft werden. Als Ergebnis einer von meinem Ressort initiierten Umfrage unter dem Personal der in Wien ansässigen Internationalen Organisationen stellte sich heraus, daß die Mehrzahl nicht in einem "Internationalen Beamten-Ghetto" sondern vielmehr integriert wohnen möchte. Aus diesem Grund haben mehrere Wohnbaugenossenschaften angeboten in allen von ihnen errichteten Objekten eine kleinere Anzahl von Wohnungen für Internationale Beamte zu reservieren und bei Bedarf an diese abzugeben. Desgleichen wurde die Innung der Immobilienmakler und Realitätenvermittler zur Mitarbeit eingeladen, um ebenfalls eine optimale Wohnungsbeschaffung in obigem Sinne zu gewährleisten.

b) Internationale Schulen:

Die schulische Versorgung der Kinder der nach Wien kommenden Internationalen Beamten wurde zunächst durch einen von der Bundesregierung und der Stadt Wien in Höhe von rund 45 Millionen Schilling subventionierten Ausbau der 3 fremdsprachigen Schulen in Wien bis 1981 sichergestellt.

Danach sollte bereits die nach dem Muster der UN-Schule in New York geplante Internationale Schule in Wien zur Verfügung stehen. Die Arbeiten zur Gründung dieser Schule schreiten zügig voran. Die diesbezüglichen Vorstellungen der Administration und des Personals der Internationalen Organisationen einerseits und der Bundesministerien für Auswärtige Angelegenheiten und Unterricht und Kunst andererseits wurden in zahlreichen Kontakten und Arbeitsgesprächen abgestimmt und auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. Nunmehr wurde in Aussicht genommen, zur Vorbereitung des Aufbaues der internationalen Schule einen internationalen Fachmann, Herrn Maurice PEZET, Vizedirektor der UN-Schule in New York und gegenwärtig interimistischer Leiter der AIS (American International School), als Konsulenten heranzuziehen.

c) Internationaler Kindergarten:

Die von den Personalvertretungen der Organisationen seit langem angestrebte Unterbringung des Internationalen Kindergartens im sogenannten See-Restaurant im Donaupark konnte insoferne realisiert werden als die Stadt Wien die bestehenden Schwierigkeiten aus dem Weg räumen konnte (Regelung der Zufahrten, Pachtvertrag durch die Stadthallen-gesellschaft etc.). Die Verpachtung an die Personalvertretungen zwecks Umgestaltung und Nutzung des See-Restaurants für den Internationalen Kindergarten ist damit möglich ge-

- 3 -

macht worden. Die Personalvertretungen haben die Finanzierung des Umbaus übernommen, wobei allerdings die Adaptierungskosten als Bestandzinsvorauszahlung anerkannt werden.

d) Kreditgewährung an Internationale Beamte:

In Gesprächen mit Vertretern der hauptsächlich am Geschäft mit den Internationalen Beamten interessierten Banken konnte erreicht werden daß die Konditionen für die an diesen Personenkreis zu gewährenden Kredite erheblich verbessert wurden. So konnte insbesondere eine Senkung der Überziehungszinsen bei Gehaltskonten erreicht werden. Gehaltsbestätigungen werden nunmehr auch von Internationalen Beamten als ausreichende Besicherung akzeptiert. Der Abschluß von Prämienparverträgen wurde auch für die Internationalen Beamten anerkannt. Die bankenmäßige Betreuung der im IAKW arbeitenden Menschen wird durch Errichtung zweier Filialen (CA und Z) im Gebäudekomplex selbst sichergestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind abgeschlossen.

e) Sicherheitsvorkehrungen:

Die Frage der Absicherung des IAKW-Geländes kann als gelöst angesehen werden. Das Bundesministerium für Inneres hat ein Sicherheitskonzept ausgearbeitet, welches eine ständige polizeiliche Überwachung und Absicherung des Geländes von außen vorsieht. Die interne Sicherung des Amtssitzkomplexes obliegt den Internationalen Organisationen selbst. Die Zusammenarbeit und die jeweils zu treffenden Maßnahmen wurden daher mit den Organisationen abgestimmt und in einer ausführlichen Besprechung an Ort und Stelle, an der außer den leitenden Wiener Beamten der Organisationen und der Bundesministerien für Inneres und für Auswärtige Angelegenheiten auch eine Delegation aus New York unter der Leitung des Chefs des UN-Sicherheitsdienstes Oberst TRIMBLE, teilnahmen, ausdrücklich gutgeheißen.

f) Verkehrsverbindungen und sonstige Kommunikationseinrichtungen, insbesondere Straßen-, Brücken- und U-Bahn-Bau:

Der Planungs- und Baufortschritt aller Projekte die für das IAKW von Bedeutung sind, wird von den zuständigen Gebietskörperschaften ständig überprüft. (Mit der Fertigstellung der Floridsdorfer Brücke im Herbst 1978 können auch die vordringlichsten Probleme des Individualverkehrs als gelöst angesehen werden.) Mit dieser ständigen terminmäßigen Überwachung soll die Fertigstellung der obigen Einrichtungen so rechtzeitig gewährleistet werden, daß das zur Übergabe bereite eigentliche Amtssitz- und Konferenzzentrum auch termingemäß in Betrieb genommen werden kann.

- 4 -

g) Deutschsprachige Kurse in New York:

Die Vereinten Nationen haben sich auf Initiative meines Ressorts bereit erklärt, deutsche Sprachkurse für die zur Übersiedlung vorgesehenen Beamten abzuhalten, was ebenfalls zu deren rascherer Integrierung führen wird.

h) Klub "Wien International":

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist seit einem Jahr im Vorstand des Klubs "Wien International" vertreten, dem auch Abgeordnete des Wiener Landtages bzw. Gemeinderates beider Großparteien angehören. Es konnte eine Intensivierung und Diversifizierung der Dienstleistungen dieses Klubs für die Internationale Gemeinschaft in Wien erreicht werden. Insbesondere wurde neben der gesellschaftlichen und kulturellen Aktivität des Klubs eine Wohn- und Rechtsberatung, medizinische Beratung, Finanz- und Bankberatung sowie eine Konsumentenberatung ins Leben gerufen.



Der Bundesminister  
für Auswärtige Angelegenheiten :